

Nationale und internationale Steuerpolitik des Fürstentums Liechtenstein

Martin Wenz

Das Fürstentum Liechtenstein durchläuft seit mehreren Jahren eine herausfordernde Phase grundlegender Veränderungen auf dem Gebiet des nationalen und des internationalen Steuerrechts in einem europäischen und globalen Umfeld. Dieses mittlerweile hochdynamische Umfeld ist insbesondere durch die grundlegende Neuausrichtung der internationalen und europäischen Steuerpolitik gekennzeichnet, die einen umfassenden Einfluss auch auf die nationale, liechtensteinische Steuerpolitik hat.

Von besonderer Bedeutung für diese eher junge Entwicklung ist auch Liechtensteins Weg in Europa. Dieser Weg war für Liechtenstein bis ins 19. Jahrhundert durch eine multilaterale Integration als Reichsfürstentum, dann als Mitglied im Rheinbund und schliesslich im Deutschen Bund gekennzeichnet, anschliessend eher individualistisch, bisweilen isolationistisch und bilateral in Bezug auf Österreich und später die Schweiz ausgeprägt und geht seit den 70er-Jahren mit einer eigenständigen Aussen- und Europapolitik einher.¹ Schliesslich erfolgte durch den selbständigen Beitritt Liechtensteins zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) 1995 als eigenständiges Mitglied der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) (seit 1991) eine grundlegende Neuorientierung Liechtensteins und die Wahl eines integrativen Weges mit einer eigenen Aussen- und Europapolitik.²

An dieser Entwicklung war auch Fürstlicher Rat *Hans Brunhart* in seiner Position als Regierungschef des Fürstentums Liechtenstein mass-

1 Vgl. Liechtenstein, Nikolaus von und zu, Liechtensteins Weg in Europa, in: Monti, Mario et al. (eds.), *Economic Law and Justice in Times of Globalisation*, Stämpfli et al.: Bern, 2007, S. 861 ff.

2 Vgl. Brunhart, Hans, *Wegweiser, Wegbereiter, Wegbegleiter*, in: Monti, Mario et al. (eds.), *Economic Law and Justice in Times of Globalisation*, Stämpfli et al.: Bern, 2007, S. 795 ff.